

**Offener Brief an die
SPD Hamburg und Die Grünen in Hamburg
zu den Hamburger Koalitionsgesprächen****Der BDA Hamburg fordert, die behördliche Zuständigkeit für den
Verkehr von der Wirtschaftsbehörde (BWVI) in die
Stadtentwicklungsbehörde (BSW) zu verlagern**

Hamburg wächst und diese Tatsache wird von breiten Schichten der Bevölkerung begrüßt und getragen. Wir alle in der Freien und Hansestadt Hamburg wollen und müssen uns engagieren, dass diese Tatsache auch positiven Niederschlag in der baulich-räumlichen Entwicklung unserer Stadt finden kann. Als Architekten und Planer betrachten wir uns hier in einer Schlüsselrolle, die baulich-räumliche Entwicklung fachlich fundieren zu können.

Es ist selbstverständlich, dass sich Hamburg dabei verändern wird. Es gilt aber, dass diese Veränderung städtebaulich, architektonisch, ökologisch, verkehrlich und sozial nicht nur verträglich durchgeführt wird, sondern in der hamburgischen Tradition höchsten Niveaus und damit richtungsweisend und zukunftsorientiert. Hamburg wird nicht von ungefähr wiederholt zur schönsten Stadt Deutschlands, manches Mal auch Europas gewählt, in der sich die Menschen auch wohl fühlen. Dass dies zukünftig so bleibt, hängt maßgeblich von den Zielvorgaben der Stadtentwicklungspolitik ab. In den derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen werden die Weichen für eben diese Zielvorgaben gestellt.

Die verkehrliche Entwicklung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Vor der letzten Bürgerschaftswahl haben Umfragen ergeben, dass die städtische Verkehrsinfrastruktur und Mobilität das Sorgenkind Nummer 1 der Bewohner*innen ist. Durch Klimaschutzanforderungen und ein verändertes Mobilitätsverhalten wird die Stadt von morgen kluge, neue Verkehrskonzepte benötigen. Die Mobilitätswende kann aber nur gelingen, wenn die Verkehrsplanung als integraler Bestandteil der Hamburger Stadtentwicklung betrachtet wird. Zur Zeit liegt die Zuständigkeit für die Verkehrsplanung in der BWVI, während die Stadtentwicklung und Stadtplanung bei der BSW angesiedelt ist.

Diese Zerstückelung der Kompetenzen führt zu einer isolierten Verkehrsplanung, die von einer umfassenden Entwicklungsplanung für die Gesamtstadt abgekoppelt agiert. Dadurch lässt sich keine kohärente, den gesamtstädtischen Raum betreffende Stadtentwicklung erfolgreich betreiben. Der jüngst vorgestellte Entwurf der neuen Sternbrücke und die damit einhergehende Neuplanung der Stresemannstraße unter Maßgabe der Stützenfreiheit der neuen Brücke durch die BWVI macht diese Defizite exemplarisch einmal mehr deutlich.

Das im letzten Jahr von der BSW initiierte Bauforum hat gezeigt, dass es auch anders geht. Die dort von Stadtplaner*innen, Architekt*innen und Verkehrsplaner*innen gemeinsam entwickelten Pläne für Hamburgs wichtigste Magistralen haben verdeutlicht, dass Verkehrsflächen nicht nur als Schienen für den Verkehr betrachtet werden müssen, sondern als Stadträume, die im Zusammenhang mit ihrer Umgebung zu sehen sind. Das dem zugrunde liegende städtebauliche Leitbild einer menschengerechten Stadt lässt sich planerisch jedoch nur erfolgversprechend umsetzen, wenn Stadt- und Verkehrsplanung gemeinsame Ziele verfolgen.

Daher fordert der Bund Deutscher Architekten und Architektinnen BDA die Koalitionsparteien auf, die Zuständigkeit für die Verkehrsplanung aus der BWVI auszulagern und zukünftig wieder in der BSW anzusiedeln. Denn nur gemeinsam – mit Stadt- und Verkehrsplanung vereint in einer Planungsbehörde – kann die gesamtstädtische Entwicklung und die Mobilitätswende erfolgreich gelingen.

Daniel Kinz

1. Vorsitzender BDA Hamburg

BDA der Freien und Hansestadt Hamburg e.V.

Shanghaiallee 6, 20457 Hamburg

Tel. (040) 41 333 10

info@bda-hamburg.de, www.bda-hamburg.de

Kontakt: Hildegard Kösters, BDA Hamburg

koesters@bda-hamburg.de

P.S. Der Text kann als wörtliches Zitat von Herrn Kinz verwendet werden.